

# HALLE GEGEN RECHTS – BÜNDNIS FÜR ZIVILCOURAGE



Pressemitteilung | 16. NOVEMBER 2016

## AFD IM SAALEKREIS VERHARMLOST NS-GEWALTHERRSCHAFT / BÜNDNIS HALLE GEGEN RECHTS FORDERT AFD NICHT ZU VERANSTALTUNGEN EINZULADEN

*Die AfD im Saalekreis fragte in einer von ihr bei Facebook veröffentlichten Grafik, ob Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) plane, zur Bundestagswahl Konzentrationslager für Anhänger der rechtsextremen AfD einzurichten. Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage verurteilt die Äusserung.*

Der Journalist Jan Schumann (MZ) veröffentlichte bei Twitter einen Screenshot<sup>1</sup> eines Beitrags der AfD im Saalekreis, welcher inzwischen nicht mehr auf deren Facebookseite zu sehen ist. Dort fragte die Gliederung der Partei „Herr Justizminister Heiko Maas (SPD) gedenken Sie zur Bundestagswahl 2017 Konzentrationslager einzurichten und - AfD Wähler -AfD Mitglieder - AfD Förderer in Schutzhaft zu nehmen?“ (Schreibweise aus dem Original übernommen).

Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage verurteilt die Äußerung. „Damit verharmlost die AfD die NS-Gewalt- und Willkürherrschaft“, so Valentin Hacken, Sprecher von Halle gegen Rechts. „Die nationalsozialistischen Konzentrations- und späteren Vernichtungslager sowie den Begriff Schutzhaft auf die Mitglieder der AfD zu beziehen, ist geschichtsrevisionistisch“, so der Sprecher weiter. Das Bündnis wirft der AfD vor, damit wenige Tage nach dem Gedenken an die Reichspogromnacht den Nationalsozialismus, die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden und Jüdinnen, Sinti und Roma, Homosexuelle, Kommunisten und Sozialdemokraten zu relativieren. „In der AfD gehört jenes völkische Denken zum Programm, das mit in den Nationalsozialismus geführt und hat und in den KZs und Vernichtungslagern umgesetzt wurde. Gleichzeitig geht die AfD Hand in Hand mit Neonazis und Antisemit\*innen. Auch vor diesem Hintergrund ist der Beitrag bei Facebook ein Anschlag auf die Würde der Opfer des NS-Staates und eine Absage an das Gedenken an den Holocaust und die Aufarbeitung des Nationalsozialismus.“, so Valentin Hacken von Halle gegen Rechts.

Halle gegen Rechts fordert erneut zivilgesellschaftliche Gruppen und Verbände auf, die AfD nicht zu Veranstaltungen einzuladen und verweist dazu auf eine gemeinsame Erklärung von Bündnissen gegen Rechts aus Magdeburg, Halle, Halberstadt, Wernigerode und Stedten.<sup>2</sup>

*„Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage“ ist ein überparteiliches Bündnis aus über 100 Einzelpersonen und mehr als 30 Organisationen aus Halle, das sich entschieden gegen die extreme Rechte, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sowie gegen jede Diskriminierung und für Zivilcourage einsetzt.*

<sup>1</sup> [https://twitter.com/JanSchumann\\_MZ/status/798212501242519552](https://twitter.com/JanSchumann_MZ/status/798212501242519552)

<sup>2</sup> [http://www.halle-gegen-rechts.de/service/268-pm\\_keineextremerechten.html](http://www.halle-gegen-rechts.de/service/268-pm_keineextremerechten.html)